

15.04.2009 - 12:53 Uhr

SGB lehnt unsoziale Praxisgebühr ab

Bern (ots) -

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hält nichts von einer Praxisgebühr. Im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld ist die Kaufkraft zu stärken und nicht zu schwächen, genau das aber passiert mit der Erhebung einer Praxisgebühr. Betroffen werden mit dieser Massnahme einmal mehr chronischkranke Personen und pflegebedürftige Frauen und Männer die auf regelmässige Arztbesuche angewiesen sind. Pflegebedürftige werden Mehrbelastungen zu tragen haben, denn die Neuordnung der Pflegefinanzierung bürdet ihnen schon eine PatientInnenbeteiligung von 20 Prozent auf.

Der SGB unterstützt nachhaltig wirkende, kostenlenkende und kostendämpfende Massnahmen. Die von den Gewerkschaften und Berufsverbänden des Gesundheitswesens geforderte, flächendeckende Einführung einer persönlichen Gesundheitsstelle (PGS) ist dafür ein gutes Beispiel. Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit hat es in der Hand noch vor der Sommerpause im Rahmen der Managed-Care-Vorlage, die zur Zeit in einer Subkommission vorberaten wird, die PGS zu beschliessen.

Im Zentrum der PGS steht die hausärztliche Erstversorgung. Sie übernimmt die Überweisung an andere Leistungserbringer und hat dabei die gesamte Behandlungskette im Blick. So wird die Qualität gewährleistet, Doppelspurigkeiten werden eliminiert und die Kosten mangelnder Koordination ausgeschaltet.

Kontakt:

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND
Christina Werder, Zentralsekretärin, MO-DO

Tel +41 (0)31 377 01 01
Tel +41 (0)31 377 01 12 direkt
Natel +41 (0)79 341 90 01
Fax +41 (0)31 377 01 02

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100581241> abgerufen werden.